

2011-08-08

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 18.01.2011

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Andrich, Monika

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Griebsch, Hannelore

Ausländerbeauftragter

Karnatz, Theresa

Behindertenbeauftragte

Scheer-Daniel, Barbara

Seniorenbeauftragter

Scholz, Klaus

Gernoth, Sylvia

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Dreibrod, pünktlich eröffnet.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

An den Ausschussvorsitzenden war die Bitte herangetragen worden, die Tagesordnungspunkte 7.1. - Beauftragung der Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB II – und 7.3. - Soziokulturelles Bürgerzentrum „Alte Heideschule“ - in der Reihenfolge auszutauschen.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmten zu und die geänderte Tagesordnung wurde beschlossen.

3. Feststellung der form- und fristgerechten Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wurde festgestellt.
Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses war gegeben.

4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.11.2011 waren keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst worden.

5. Genehmigung der Niederschriften vom 21.09.2010 und 17.11.2010

Die Niederschriften der Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 21.09.2010 sowie am 13.11.2010 wurden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

6:0:3

6. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und des Beigeordneten

Herr Dr. Raschpichler wies auf eine Broschüre des Bundesministeriums für Gesundheit „Aufbau einer modernen Pflegeinfrastruktur in den neuen Bundesländern“ hin. Diese Broschüre wird als Umlauf in die Fraktionen gegeben.

Weiterhin berichtete Herr Dr. Raschpichler darüber, dass Frau Scheer-Daniel aus gesundheitlichen Gründen aus der Funktion der ehrenamtlichen Behinderten-beauftragten ausscheiden möchte. Es muss geprüft werden, ob die entstehende Lücke bis zur Neubestellung dieser Funktion über unsere Ämter ausgefüllt werden kann.

Die Amtszeit von Herrn Scholz als ehrenamtlicher Seniorenbeauftragter der Stadt endet planmäßig. Beide Stellen werden öffentlich ausgeschrieben. Bis zum 11.02.2011 werden Vorschläge aus den entsprechenden Verbänden erwartet, um zum 01.05.2011 die Neubestellung der beiden Funktionen vornehmen zu können.

Der Seniorenbeirat hat bereits vorgeschlagen, Herrn Scholz erneut zu berufen. Es wird geprüft, ob es möglich ist, die entstehende Lücke durch unsere Ämter zu schließen bis zur Neubestellung der beiden Funktionen.

Herr Dr. Raschpichler ließ den Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit und Soziales eine Auszug des Bundesanzeigers Nummer 192 vom 17.12.2010 zur Kenntnisnahme ausreichen. Dabei handelte es sich um die Förderrichtlinie zum ESF-Bundesprogramm "Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)".

Im Rahmen der 2. Förderunde können vom 10. Januar 2011 bis zum 09. Februar 2011 im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens Projektvorschläge bei der zuständigen Bewilligungsbehörde eingereicht werden. Er bat alle Stadträte und Stadträtinnen

die Möglichkeiten einer Förderung an Träger und Vereine heranzutragen und bot in diesem Zusammenhang eine etwaige Unterstützung an.

Herr Puttkammer bat um Information darüber, ob die Kritikpunkte, die im Stadtrat an der Sozialplanung geäußert worden waren, bearbeitet wurden.

Frau Gebhardt entgegnete, dass eine CD mit der überarbeiteten Version der Sozialplanung an die Fraktionen ausgereicht wurde. Es gibt eine Liste, auf der die Kritikpunkte vermerkt sind. Diese Liste wurde abgearbeitet.

Herr Gebhardt erkundigte sich, wie es mit dem Programm Stärken vor Ort im Jahr 2011 weitergeht.

Bereits im Jahr 2010 erfolgte eine Ausschreibung, erläuterte **Herr Kauß**. Diese wurde nochmals verlängert. Es liegen derzeit über 10 Projekte vor. Der Begleitausschuss wird vorbereitet. Es ist davon auszugehen, dass Mitte/Ende Februar 2011 die durchzuführenden Projekte ausgewählt werden.

7. Beschluss- und Informationsvorlagen

7.1. Soziokulturelles Bürgerzentrum "Alte Heideschule" Vorlage: DR/BV/548/2010/V

Die Beschlussvorlage lag allen Ausschussmitgliedern vor.

Herr Dr. Raschpichler wies darauf hin, dass laut Prüfauftrag aus dem Stadtrat sowohl das Dezernat V als auch das Dezernat VI in die Erarbeitung der Vorlage eingebunden wurden. Durch das Dezernat VI erfolgten vor allem die betriebswirtschaftlichen und städtebaulichen Betrachtungen.

Aus sozialraumplanerischer Sicht wurde festgestellt, dass die Angebote im Bereich Süd dauerhaft sehr gut untergebracht wären, das ist ein sehr gutes Ziel. Synergien betriebswirtschaftlich aufzurechnen ist uns nicht gelungen.

Im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus und im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt wurde diese Vorlage bereits beraten, beide Ausschüsse sind unserer Vorlage gefolgt.

Herr Kleinschmidt fragte nach dem in der Vorlage benannten Rückbau. Ist damit auch der Schlossplatz gemeint?

Herr Dr. Raschpichler bejahte diese Frage. Wir hatten in zwei Richtungen gearbeitet. Es geht um die Bündelung der sozialen Angebote unter einem Dach und eine gewisse Standortbereinigung (soziale, kulturelle und gewerbliche Angebote).

Herr Hantusch erläuterte, dass der Auftrag aus dem Stadtrat weiter gefasst wurde. Im Prozess wurde festgestellt, dass die Örtlichkeiten in der Heideschule einen ungünstigen Zuschnitt haben. Andere Objekte wurden ebenfalls betrachtet. Die Kosten wurden intensiv beleuchtet. Wir kommen immer auf eine Kostengröße von 3 bis 5 Mio. EUR. Das können wir aufgrund der Haushaltssituation in der Stadt Dessau-Roßlau nicht verantworten.

Frau Damann gab zu bedenken, dass es derzeit viele Standorte für die einzelnen Projekte gibt. Wenn wir viele Angebote an einem Standort zusammenlegen könnten, wäre dies möglicherweise doch preiswerter.

Herr Hantusch wies darauf hin, dass momentan der Verbleib der Einrichtungen an den jetzigen Standorten in Millionenhöhe günstiger ist als der Zusammenschluss in der Alten Heideschule. Eine intensive Prüfung diesbezüglich erfolgte im Bauausschuss.

Herr Busch fragte, wie diese Kosten ermittelt wurden.

Herr Reinsdorf beantwortete diese Frage und gab an, dass für die Sanierung der Alten Heideschule ca. 3,8 Mio. EUR erforderlich wären.

Frau Grabner beantragte das Rederecht für Frau Schmidt von der Bürgerinitiative Alte Heideschule, Frau Grabner wies im Weiteren darauf hin, dass das Wohngebiet Am Leipziger Tor ein sozialer Brennpunkt ist, mit dem sich die Planung schon länger beschäftigt. Das Projekt Alte Heideschule war ein zukunftsweisendes Projekt. Es ging um die Stärkung des urbanen Kernes, um Synergieeffekte für die dortigen Dienstleister. Seitens der Verwaltung wurde bisher leider wenig getan zum Vorantreiben des Projekts. Es wurde zwar eine Kostenschätzung vorgenommen, aber es wurden keine Gespräche mit den Trägern, auch nicht mit der Bürgerinitiative, geführt.

Das Rederecht wurde Frau Schmidt gewährt.

Frau Schmidt stellte die Konzeptskizze der Bürgerinitiative vor und betonte, dass mit dem Nutzungskonzept der Heideschule sowohl soziale als auch städtebauliche Ziele der Stadt verwirklicht werden könnten. Im Nutzungsprofil geht es nicht nur darum, die vorhandenen sozialen Einrichtungen zu verlagern, sondern um Ergänzung der vorhandenen mit privaten Angeboten, mit Angeboten, die es bisher nicht gibt. Die wirtschaftliche Kostenschätzung, die von einem Architekt erstellt wurde, ergibt ca. 2,2 Mio. EUR Kosten.

Nach Meinung der Bürgerinitiative sind die Planungsgrundlagen in der Beschlussvorlage nicht exakt dargestellt.

Das Gebäude gehört der IPG. Es gibt Möglichkeiten, Fördermittel zu erhalten, bei denen die Stadt nur 10 % der Kosten zu tragen hätte, wenn die IPG diese Fördermittel beantragen würde. Das ist aber nur eine Idee, diese ist noch nicht abgestimmt. Die IPG könnte dann das Gebäude an einen Gesamtträger, bestehend aus allen Nutzern, verpachten. Dieser Trägers, die Nutzer, betreiben das Gebäude selbstständig. Damit wäre der Zuschuss durch die Kommune geringer, die wirtschaftliche Entlastung für die Stadt wäre gegeben.

Herr Hantusch wies darauf hin, dass zwei Dinge miteinander vermischt werden, die nicht vermischt werden können. Es wurden alle Kostengruppen erfasst, sie wurden sehr verantwortungsbewusst untersetzt. Einrichtungen, die jetzt vernünftig arbeiten, können umgesetzt werden in die Heideschule. Damit sind aber die Probleme im Stadtgebiet nicht gelöst.

Der Hinweis auf die IPG ist ein Verschiebepark öffentlicher Gelder. Die IPG ist eine städtische Gesellschaft. Wir würden ohne Not 3 - 5 Mio. EUR in die Alte Heideschule investieren. Herr Hantusch sprach eine Warnung aus vor einem sehr teuren Experiment.

Frau Ehlert: Die IPG wurde durch einen Tausch, den sie nicht wollte, Eigentümer dieses Objektes. Es gab schon andere Interessenten für das Objekt. Die IPG würde das Objekt sehr gern wieder hergeben. Vorigen Wochen gab es die Aussage, dass wir keine Projekte haben für die Soziale Stadt. Jetzt haben wir ein vernünftiges Projekt, jetzt wollen wir das nicht machen. Dann müssten wir Fördermittel zurückzahlen.

Herr Hantusch erklärte, dass seine Aussage beinhaltete, er würde lieber Fördermittel nicht abfordern als nicht nachhaltige Projekte fördern. Im März wird eine Liste vorgelegt werden aus der ersichtlich ist, dass wir das Geld nicht mehr haben. Wir werden in den nächsten Jahren vielleicht 2,3 Mio. EUR Eigenmittel zur Verfügung haben. So, wie das Konzept hier vorgetragen wurde, würde das Projekt zwar funktionieren, aber erreichen würden wir nur marginale Verbesserungen.

Fraz Grabner: Momentan ist keine Entscheidung gefallen, das ist ja ein Vorschlag der Verwaltung. Ich weiß nicht, wie manche Kostenschätzungen entstanden sind. Frau Grabner erläuterte ihre Aussage speziell am Frauenzentrum,.

Herr Hantusch: Der Betrachtungshorizont ist das Jahr 2020. Im Bauausschuss haben wir sehr ausführlich auf alle Baufragen geantwortet. Die erforderlichen Summen wurden durch das Hochbauamt eingeschätzt. Es kann sein, dass sich die Entscheidung im Jahr 2020 anders darstellt, dann müssen wir anders entscheiden. Es existieren Angebote in diesem Stadtteil, wir würden lediglich diese Angebote zusammenfügen.

Frau Grabner fand es sehr schade, dass wir mit dieser Vorlage ein Angebot bis 2020 schaffen. Sie wünschte sich mehr nachhaltige Angebote. Wir würden nicht nur vorhandene Angebote zusammenlegen, sondern auch neue, die noch nicht an diesem Standort vorhanden sind, schaffen.

Herr Dr. Raschpichler wies darauf hin, dass die Investitionen langfristig angelegt, aber kurzfristig finanzierbar sein müssen. Vorhandene Nutzer müssten schon flächenmäßig reduziert werden, um die Alte Heideschule nutzen zu können. Wie sollten dann neue Nutzer in diesem Objekt aufgenommen werden?
Wir müssen auch beachten, dass auch Depotflächen für Museen vorhanden sind. Wenn wir die Hinsdorfer Straße anfassen, müssen wir einen Ausgleich finden für die Depots.

Frau Ehlert unterbreitete den Vorschlag, das Gespräch mit der IPG zu suchen und über die Beschlussvorlage abzustimmen.

Frau Grabner gab zu, dass sie mehr von dieser Vorlage erwartet hatte. Sie hatte eine Vorauswahl erwartet und eine Richtung, wo es langgehen sollte. Sie hatte sich nicht nur eine Kostenaufstellung gewünscht, sondern eine Vorauswahl über eventuell potentielle Mieter. Mit den Vereinen wurden keine Gespräche geführt.

Herr Puttkammer bemerkte, dass sich die Diskussion im Kreis dreht. Wir sind als Sozialausschuss interessiert, Brennpunkte, die wir in unserer Stadt haben, zu entschärfen. Wenn wir das Gebäude vielleicht doch noch entwickeln wollen, dann sollten wir das langfristig tun. Letztendlich geht es doch darum, was aus diesem Gebäude werden soll.

Wir könnten jetzt eine Entscheidung treffen, wir können im Augenblick das Projekt nicht bezahlen. Aber es kann doch in späterer Zeit vielleicht finanzierbar sein.

Herr Hantusch: Es geht hier immer nur um das Gebäude. Wollen wir den Menschen vor Ort helfen oder ein Gebäude füllen? Die Menschen vor Ort haben gute Angebote. Mit der Verlagerung in ein Gebäude ist kein Nachweis der qualitativen Verbesserung erbracht. Mich stört die Fiktion auf dieses Gebäude. Ich glaube, den Bürgern vor Ort ist es egal, ob sie in die Hinsdorfer Straße gehen oder die guten Angebote in den vorhandenen Einrichtungen nutzen.

Herr Dr. Raschpichler erklärte, dass er die Enttäuschung über die Beschlussvorlage nicht nachvollziehen kann. Es gab den klaren Auftrag, die Verwaltung soll ohne Kosten für ein externes Gutachten ein Konzept zur Alten Heideschule erstellen. Mein Dezernat kann nicht mehr als eine grobe Raumplanung erstellen. Wir wollten deutlich machen, die Heideschule mache Sinn, wenn wir woanders zu deutlichen Einsparungen kommen. Wir haben mit den Vereinen gesprochen, es gab auch Bereitschaft, sich räumlich zu verkleinern.

Frau Grabner schlug vor, die Beschlussvorlage zurückzustellen, Gespräche zu führen mit den Projektteilnehmern und danach nochmals zur Beschlussvorlage zu beraten.

Frau Ehlert beantragte ebenfalls, die Vorlage zurückzustellen, sie nicht zu beschließen.

Herr Dr. Raschpichler gab zu bedenken, dass es bereits zwei Ausschusssitzungen gab, die ihr Votum zur Vorlage abgegeben haben. Wenn dieser Beschluss in den Stadtrat kommt und abgestimmt wird, dann heißt das doch nicht, dass die Heideschule abgerissen wird.

Auch **Herr Puttkammer** wies darauf hin, dass in den beiden anderen Ausschüssen bereits Beschlüsse gefasst wurden.

Frau Ehlert: Wir hatten heute aber ein Alternativkonzept, das nicht in den anderen Ausschüssen vorgestellt worden war.

Herr Puttkammer schlug vor, zur Vorlage abzustimmen. Im Stadtrat wird doch dann nochmals diskutiert. Das Alternativkonzept könnte doch auch für den Stadtrat ausgereicht werden.

Es wurde vorgeschlagen, dass die Verwaltung das Projekt der Bürgerinitiative prüfen soll.

Frau Schmidt erklärte, dass die Bürgerinitiative den Prüfauftrag erhalten sollte, nicht die Verwaltung.

Herr Hantusch: Der Stadtrat könnte zur Vorlage beschließen und die Initiative kann ein Projekt/Konzept einbringen.

Eine zielgerichtete Entwicklung des Standortes „Alte Heideschule“ als soziokulturelles Zentrum wird wegen in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung stehender Eigenmittel der Stadt zunächst nicht weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis:

2:2:4

7.2. Umsetzung des Modellprojektes "Bürgerarbeit" **Vorlage: DR/BV/514/2010/V**

Die Beschlussvorlage lag allen Ausschussmitgliedern vor.

Herr Puttkammer sprach das aktuelle Problem Grundwasser an. Besteht die Möglichkeit kurzfristig über die Bürgerarbeit den Betroffenen zu helfen? Vor allem ältere Menschen haben mit der aktuellen Situation große Probleme.

Herr Dr. Raschpichler verneinte die Möglichkeit, kurzfristig über die Bürgerarbeit bei der Problematik Grundwasser Hilfe zu leisten. Sollten sich jedoch irgendwelche Möglichkeiten ergeben, dann wird dies kurzfristig unter Mithilfe des Jobcenters geklärt.

Herr Gebhardt erklärte, dass soziale Betreuung über die Bürgerarbeit möglich ist. Das würde den Betroffenen u. U. auch helfen.

Herr Krause äußerte ebenfalls, dass Hilfe für diese Problematik durch Bürgerarbeit nicht möglich ist. Aber es gibt andere Instrumente, um kurzfristig zu helfen.

Zur Beschlussvorlage sagte **Herr Dr. Raschpichler**, dass Zuwendungsbescheide für Bürgerarbeitsplätze mit Beginn 15. Januar 2011 vorliegen. Die Stadt selbst wird Träger von Bürgerarbeitsplätzen sein. In dieser Woche werden sieben Bürgerarbeitsplätze für die Stadt, vorbehaltlich der Zustimmung durch den Stadtrat, schon besetzt werden. Die Zustimmung des Personalrates liegt vor.

Auf Seite 4 der Beschlussvorlage wird von einer Aktivierungsphase gesprochen. Die meisten Menschen möchten aber arbeiten, gab **Herr Busch** zu bedenken. Weiterhin kritisierte er, dass auf Seite 5 der Vorlage steht, dass die Projektvorschläge mit der IHK und der Handwerkskammer abgestimmt werden. Die IHK ist seiner Meinung nach ein Lobbyistenverein.

Dem Geschäftsführer des Jobcenters, Herrn Krause, wurde Rederecht eingeräumt.

Herr Krause entgegnete, dass die Aktivierungsphase eine Festlegung des Bundes ist. Öffentliches Interesse und Zusätzlichkeit sind ebenfalls eine Grundbedingung für die Bürgerarbeit. Aus diesem Grund haben wir die IHK und die Handwerkskammer einbezogen. Das Bundesverwaltungsamt prüft die Projekte sehr, sehr genau. Über die Fördermöglichkeiten entscheiden die Grundsicherungsstelle und letztendlich das Bundesverwaltungsamt.

Herr Dr. Raschpichler: Es ist zu den grundsätzlich förderfähigen Projekten das Gespräch mit der IHK zu führen, die Entscheidung trifft das Bundesverwaltungsamt.

Was mit einer Maßnahme, die durch die IHK abgelehnt wurde, geschieht, wollte **Herr Busch** wissen. Geht diese Maßnahme dann nicht zur Entscheidung an das Bundesverwaltungsamt?

Diesen Sachverhalt gab es bisher nicht, dass Arbeitsplätze durch die IHK oder die Handwerkskammer abgelehnt wurden, entgegnete **Herr Krause**.

Herr Puttkammer schlug vor, dass die Verwaltung eine Liste ausreicht, die die Bereiche mit Bürgerarbeitsplätzen ausweist.

Herr Gebhardt bat um eine Übersicht zu Bürgerarbeitsplätzen, auf der die Träger und die Tätigkeiten verzeichnet sind. Möglicherweise kann diese Liste als Anhang zum Protokoll verteilt werden.

Herr Dr. Raschpichler sagte diese Übersicht als Anlage zum Protokoll zu.

1. Im Rahmen der Umsetzung der Bürgerarbeit, wird beschlossen das die Stadt Dessau-Roßlau die Trägerschaft für maximal 100 Bürgerarbeitsplätze gewährleistet.
2. Es werden nachfolgende Haushaltsanmeldungen im Rahmen von außer- bzw. überplanmäßigen Einnahmen und Ausgaben für 2011 beschlossen:

Einnahmen:

Bezeichnung Haushaltsstelle	Unterabschnitt	Gruppierung
Zuwendung Bürgerarbeit	4 8 4 0 1	1 7 0 0 0
in Höhe von		1.242.000,00 €

Ausgaben:

Bezeichnung Haushaltsstelle	Unterabschnitt	Gruppierung
Personalkosten	entsp. „Einsatzstelle“	4 1 9 _ _
in Höhe von		1.242.000,00 €

Darüber hinaus wurde im Rahmen der Haushaltsplanung 2011 bereits die nachfolgende Veranschlagung mit Beschlussfassung vom 15.12.2010 berücksichtigt:

Bezeichnung Haushaltsstelle	Unterabschnitt	Gruppierung
-----------------------------	----------------	-------------

Zuschüsse an Projektträger „Bürgerarbeit“	4 8 2 0 0	7 1 8 0 0
	in Höhe von	105.000,00 €
durch Deckungsquelle (Minderausgaben) 48200.69100		105.000,00 €

Abstimmungsergebnis:

7:0:0

**7.3. Beauftragung der Bildungs- und Teilhabeleistung nach dem SGB II
Vorlage: DR/BV/532/2010/V**

Die Beschlussvorlage lag allen Ausschussmitgliedern vor.

Herr Dr. Raschpichler ergänzte: Derzeit wissen wir nicht, wie im Vermittlungsausschuss der eigentliche Beschluss gefasst werden wird. Wir möchten, dass die Stadt Auftragnehmer wird im Auftrag des Jobcenters. Wir möchten einen Beschluss haben, mit dem wir die Beauftragung durch das Jobcenter entgegennehmen, um die vier Bestandteile des Teilhabepakets erfüllen zu können.

Herr Puttkammer stellte den Antrag, dass durch die Verwaltung dem Ausschuss nach sechs Monaten eine Übersicht vorgelegt werden soll, wie viele Personen die Direktzahlung in Anspruch genommen haben und wie der Kontrollmechanismus erfolgte.

1. Es wird beschlossen, vorbehaltlich der Gesetzesänderung, den Vertrag über die Beauftragung zum Abschluss von Vereinbarungen über Leistungen für Bildung und Teilhabe sowie deren Ausführung und Abrechnung abzuschließen.
2. Die entsprechenden Veranschlagungen im Verwaltungshaushalt 2011 für die Leistungserbringung, die Kostenerstattung durch das Jobcenter Dessau-Roßlau sowie die Verwaltungskostenerstattung sind vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

6:0:0

**7.4. Aktualisierung der Broschüre "Altenpflegeheime der Stadt Dessau-Roßlau"
Vorlage: DR/IV/105/2010/V-50**

Die Informationsvorlage lag allen Ausschussmitgliedern vor.

Frau Paesold wies darauf hin, dass die jährliche Aktualisierung der Broschüre als Verpflichtung aufgenommen und das Layout aktualisiert wurde. Im Jahr 2010 bestand eine große Nachfrage nach dieser Broschüre. Das zeigt auch das Interesse unserer Bürger an punktueller Information.

Die in der Broschüre ausgewiesenen Vergütungssätze sind die aktuell ausgehandelten, diese können sich auch wieder verändern.

Frau Stöbe bat um eine Übersicht zu den Möglichkeiten in Dessau-Roßlau altersgerecht und barrierefrei zu wohnen.

Die Broschüre soll fortgeführt werden in Fragen des ambulant betreuten Servicewohnens, erklärte **Frau Paesold**. Diese Darstellung hat sich das Amt für das Jahr 2011 vorgenommen.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 19:00 Uhr durch den Ausschussvorsitzenden beendet.

Dessau-Roßlau, 08.08.11

Hans-Peter Dreibrod
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Schriftführer